



Freie und Hansestadt Hamburg

Bezirksversammlung Altona

A/BVG/123.30-01 und 986.90-10

Drucksache 20-1823.2

Datum 25.02.2016

Beschluss

auf Empfehlung des Haushalts- und Vergabeausschusses

Antrag der Ev.-Luth. Kirchengemeinde Bugenhagen-Groß Flottbek Projekt: Überbrückungsfinanzierung Sozialdiakonisches Projekt

Die vollständigen Unterlagen lagen dem Ausschuss für Soziales, Integration, Gleichstellung und Flüchtlinge in seinen Sitzungen vom 07.12.2015, 04.01.2016 und 01.02.2016 mit der Drucksache 20-1823 und dem Haushalts- und Vergabeausschuss in seiner Sitzung vom 16.02.2016 mit der Drucksache 20-1823.1 vor.

Die Ev.-Luth. Kirchengemeinde Bugenhagen-Groß Flottbek beantragte am 07.09.2015 146.000,00 € für die Überbrückungsfinanzierung einer diakonischen Stelle (75 %, KAT 9, Stufe 5) für drei Jahre. Der Antrag wurde schriftlich gestellt.

Der Antrag wurde rechnerisch als auch sachlich vorläufig geprüft. Die Antragsunterlagen sind vollständig. Der Zuwendungszeitraum ist vom 01.04.2017 bis 31.03.2020 beantragt. Ohne die Zuwendung ist das Projekt in der Form nicht möglich.

Die ev.-luth. Kirchengemeinde Bugenhagen-Groß Flottbek beschäftigt seit April 2012 einen diakonischen Mitarbeiter, dessen Gehalt bis Ende März 2017 über eine Stiftung finanziert wird. Die Kirchengemeinde möchte die Stelle nicht auslaufen lassen, hat aber erst ab Mai 2020 die Mittel zur Verfügung, die Stelle selbst zu finanzieren. Daher wird nunmehr eine Überbrückungsfinanzierung gesucht, um die bisher geleistete Arbeit nicht zu unterbrechen und das bisher Aufgebaute nicht zu gefährden. Beantragt werden insgesamt an Personalkosten 146.000 € für drei Jahre.

Die diakonischen Tätigkeiten des Stelleninhabers sind laut Antrag vielfältig (s. S. 11 und 12 der Zuwendungsakte). Er bildet das gesamte Spektrum kirchlich-diakonischer Arbeit ab. Es ist nachvollziehbar, dass die Kirchengemeinde ungern auf die Weiterführung dieser Tätigkeit verzichten möchte. Allerdings ist diese Form der diakonischen Arbeit grundsätzlich eine Kernaufgabe von Kirchengemeinden. Eine Finanzierung durch Politikmittel ist zwar grundsätzlich möglich, aus fachlicher Sicht ist dann allerdings eine Förderung einer Kirchengemeinde in einem sozialen Brennpunkt wünschenswerter. In einem Stadtteil wie Groß Flottbek sollte davon ausgegangen werden, dass andere Formen der Finanzierung gefunden werden können.

Der Antrag wird daher fachlich nicht befürwortet.

Der Antrag der Ev.-luth. Kirchengemeinde Bugenhagen - Groß Flottbek wird abgelehnt.